

Sür ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz C. Himm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Werbergasse 2) und auswärts bei allen Rgl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Insetionsgebühr 1 Sgr. pro Petitzeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kietemeyer, Kurtrabe Nr. 50, in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haasenstein u. Vogler; in Hamburg: J. Lartheim.

Danziger



Zeitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Den ordentlichen Professor Dr. Carl Georg Bruns zu Tübingen, zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität zu Berlin; und den Geht.-Inspector Ernst Konstantin Wetti unter Beilegung des Charakters als Landstallmeister zum technischen Rath im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten zu ernennen.

(W. G. Z.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Von der polnischen Grenze, 13. Juni. Der „Eas“ will wissen, daß die Regierung an den Erzbischof von Warschau das Verlangen gestellt habe, zur Beruhigung der Gemüther einen Hirtenbrief zu erlassen und alle Mittel anzuwenden, um das Singen patriotischer Lieder zu verhindern. In der Antwort des Bischofs sagte derselbe, er habe den Clerus Warschauer einberufen, derselbe habe einstimmig erklärt, daß derartige Bemühungen das Volk nur zum Haß gegen die Geistlichkeit und zu einem Abfall von der Religion führen könnten. Er, der Erzbischof, vermöge nichts zu thun, die Beruhigung der Gemüther liege ganz in der Hand der Regierung.

Turin, 12. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer erklärte Ricasoli, daß er in der von Cavour befolgten Politik, die Rühmlichkeit mit Klugheit verband, fortfahren werde. Italien habe das Recht, eine einige Nation zu bilden. Das Ministerium werde das Gesetzstatut achten, die Ordnung aufrecht erhalten und die Bewaffnung mit Eifer fortsetzen. Er drückte Vertrauen auf Unterstützung des Parlaments aus. Schließlich wurde der Kammer das Project zur Errichtung eines Arsenal zu Spezzia vorgelegt.

Paris, 13. Juni. Nach den neuesten Berichten aus Konstantinopel weigerte sich der Sultan fortwährend, den Vorschriften der Aerzte Folge zu leisten.

Paris, 12. Juni. (H. N.) Die „Patrie“ meldet, falls Marokko nicht Tetuan gegen Mogador austauschen wolle, so würde Spanien gewaltsam von Mogador Besitz ergreifen und die an der Küste Aragoniens lagernden Truppen aufschiffen.

Fould ist zu einem Conseil nach Fontainebleau berufen.
Frankfurt a. M., 13. Juni. In der heutigen Sitzung des Bundeslages beantragte Preußen die Bildung einer Küstendivision, die von Preußen, Hannover und von Theilen der Reservebrigade gebildet werden soll. Preußen gab in der Oberfeldherrnfrage eine Erklärung ab.

Kreuznach, 13. Juni. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Rheinhahn wurde die Emission einer zweiten Priorität genehmigt und gleichzeitig beschlossen, eine außerordentliche Commission zur Untersuchung der Ausführung einzusetzen.

London, 13. Juni. Das Ober-Kanzleigericht hat die Appellation Rossuths gegen den Urtheilspruch des Vicekanzlers in Sachen der ungarischen Bankheine verworfen.

London, 12. Juni. (R. Z.) Das Reutersche Bureau bringt folgende Nachrichten aus New-York vom 1. Juni: Bis jetzt hat noch kein Angriff auf Alexandria stattgefunden. General Scott wird 35,000 Mann vom Innern aus in den Staat Virginien schicken, während 20,000 Mann von der Westseite von Pennsylvania aus, so wie andere 20,000 Mann von Ohio aus in Virginien einrücken und 15,000 Mann, unterstützt von den Streitkräften der Marine, den James-River hinaufgehen. Fortwährend treffen Truppen und Munition in Fort Monroe ein, dessen Besatzung bereits auf 13,000 Mann angewachsen ist. Zahlreiche Truppencorps sind gegen Norfolk auf dem Wasser. Bereits 450 flüchtige Sklaven sind im Butler'schen Lager eingetroffen.

Das Wahlprogramm der deutschen Fortschrittspartei.

I.

Kurz vor dem Schluß der letzten Session sind Abgeordnete der entschiedenen freisinnigen Partei mit gleichgesinnten Männern aus der Hauptstadt des Landes zusammengetreten und haben dasjenige Wahlprogramm festgesetzt, welches wir unsern Lesern bereits (Danz. Ztg. Nr. 927) mitgeteilt haben. Sie gingen einmütig von der Ansicht aus, daß es sich gegenwärtig darum handelt, wenn irgend möglich, alle unabhängigen und entschiedenen Männer des Landes, welche der Ueberzeugung sind, daß die Begründung eines verfassungsmäßigen Rechtsstaates in Preußen und die große Aufgabe der Einigung Deutschlands auf wirklich nationaler Grundlage auf dem Wege der bisherigen Majorität des Abgeordnetenhauses nicht zu erreichen sei, zu einer einzigen Fortschrittspartei zu vereinigen. Eine solche Vereinigung kann und soll nicht den Sinn haben, daß die Mitglieder dieser in Wirklichkeit schon längst bestehenden, bisher aber noch nicht ausgesprochenen Massen zusammengetretenen Partei darum die unter ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten, der Wahrheit zum Troge, verzeihen sollten. Vielmehr befindet sie nur, daß diese Männer trotz mancher Meinungsverschiedenheiten, wie sie innerhalb jeder Partei notwendig stattfinden müssen, doch in den Dingen, auf die es in der gegenwärtigen Lage vor allen übrigen ankommt, unter sich vollkommen einig sind und darum auch zum Heile des Vaterlandes mit vereinigten Kräften ihre Durchführung erkämpfen wollen. Andere an sich hochwichtige Fragen, zumal solche, deren Lösung durch die nächste Legislatur doch nicht zu erwarten steht, wie u. A. „die des allgemeinen gleichen Wahlrechts“, müssen, wenn jene oben angegebenen, für die Gegenwart höchsten Zwecke erreicht werden sollen, nothwendig „als offene“ betrachtet werden.

Hätte unsere Regierung „die Begründung eines verfassungsmäßigen Rechtsstaates in Preußen“, hätte sie „die Einigung Deutschlands auf wirklich nationaler Grundlage“ mit wirklicher Energie, mit wirklich zureichenden Mitteln in die Hand genommen, dann wären alle Parteien, welche dem nationalen Fortschritt huldigen, in Betreff dieser Ziele mit ihr, so zu sagen, zu einer einzigen großen Körperschaft verbunden gewesen, ohne daß sie nothig gehabt hätten, der Durchführung ihrer besonderen politischen Ansichten zu entsagen. Da aber jener feste thätige Wille gefehlt hat und immer noch fehlt, so sind sie eben genöthigt, selbst die Initiative zu ergreifen und sich zu einer einzigen „deutschen Fortschrittspartei“ zusammenzuschließen. So hatte es eine zehnjährige Reaction zu Wege gebracht, daß schon einmal, vor der Zeit der gegenwärtigen Regierung, alle Fractionen der liberalen Partei, ohne Rücksicht auf sonstige Meinungsverschiedenheiten, zur Erreichung des einen und desselben Zieles sich zusammenhatten, nämlich zur Bekämpfung der verfassungseindlichen Reaction und zur Erhaltung und Durchführung der Verfassung selbst, welche sie, wie es es in dem Programm der „Schlesischen Constitutionellen“ hieß, „als das höchste Recht des Landes“ oder, wie wir uns damals („Danz. Ztg.“ Nr. 115) ausdrückten, „zwar nicht als das Band selbst“ betrachteten, „durch welches das Haus Hohenzollern und das preußische Volk mit einander verknüpft sind, aber doch als den unvergänglichen Zeugen, den dieses Band nicht mehr entbehren kann.“

Neun Punkte hatte das schlesische Comité damals aufgestellt, die dann auch von uns in einer längeren Reihe von Artikeln („Danz. Ztg.“ Nr. 113, 114, 115, 119, 121, 123) eingehend besprochen wurden. Wir nahmen keinen Anstoß, daran, daß das Comité den alten Parteinaamen beibehalten hatte. Wir erklärten vielmehr — man möge daraus ersehen, daß wir damals eben so, wie jetzt wieder, an uns selbst und Alle, die dasselbe von Allen gleichmäßig zu verfolgende Ziel im Auge hatten, die Forderung stellten, daß auf alle von diesem gemeinsamen Ziele ablenkenden Bestrebungen Verzicht geleistet würde — wir erklärten, wie folgt: „Wir gehören nicht derjenigen Fraction der Fortschrittspartei an, die sich vorzugsweise die constitutionelle nennt, so constitutionell wir im Uebrigen auch sind; aber wir sind überhaupt auch der Meinung, daß es jetzt nicht die Zeit der Fraktionspaltung ist, und eben darum glauben wir, alle Männer des Fortschritts zu einträchtigem Zusammenwirken und zum Festhalten an den neun Punkten, wie sie nun einmal aufgestellt sind, im Interesse des Fortschritts selbst und um des Wohles des gemeinsamen Vaterlandes willen auf das dringendste und aus ganzer Seele auffordern zu müssen.“

Indes nicht bloß in dieser, sondern auch noch in anderen Beziehungen ist es höchst nothwendig, das Damals mit dem Jetzt zu vergleichen. Wir werden dann sehen, daß die Forderungen der deutschen Fortschrittspartei theils noch dieselben, theils aber die schlechthin nothwendige Fortsetzung und Consequenz derjenigen Forderungen sind, die von der damals noch sich so nennenden constitutionellen Partei aufgestellt und von uns ohne Rückhalt acceptirt waren.

Deutschland.

Berlin, 13. Juni. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Forterhebung des Zuschlags von 25 Prozent zur kassirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer, zur Wahl- und Schlichtsteuer bis zum 30. Juni 1862 (vom 10. Juni); ferner die Bekanntmachung des Ministers v. d. Heydt, betreffend die allgemeine Gewerbe- und Kunstausstellung in London im Jahre 1862. Es wird in Berlin unter dem Vorstehe des Kronprinzen eine besondere Commission gebildet, welche die amtliche Bezeichnung trägt: „Commission für die Industrieausstellung in London; Mitglieder der Commission sind die Geh. Räte Delbrück, Moser und Webbing, Assessor Herzog, Geh. Commerzienrath Carl und Baudouin, die Fabrikanten Schwabe, Meyer, Magnus, Thomas, Mor. Reichenheim, Louis Raveré jun., Dr. Kunheim. In jedem Regierungs-Bezirk werden Bezirks-Commissionen gebildet.“

Der Krankheitszustand des Prinzen Friedrich Karl schien gestern eine bedenkliche Wendung nehmen zu wollen, so daß vier Aerzte sein Bett umstanden. Heute soll sein Befinden wieder besser sein.

Die B. u. H.-Z. erhält von unterrichteter Seite folgende Notiz:

„Wenn die österreichische Regierung den Mittelstaaten durch Bayern hat eröffnen lassen, daß sie in der Bundesfeldherrnfrage neue Pläne habe, um derentwillen sie in Berlin abermalige Vorschläge machen wolle, so sind zwar bis jetzt diese Vorschläge noch nicht hierher gelangt; man würde sie jedoch mit gerechtem Misstrauen entgegennehmen müssen, da die Basis der von Preußen beim Bundestage abgegebenen Vermittelungs-Erklärung zwischen Wien und Berlin verabredet worden, Wien also diese seine Basis desavouiren müßte.“

Wie der „B. u. H.-Z.“ aus Frankfurt a. O. berichtet wird, hat der dortige Magistrat in Folge des kürzlich veröffentlichten Plenarbeschlusses des Ober-Tribunals über die Kosten der Polizeiverwaltung in den Städten, in welchen dieselbe an königliche Behörden übertragen ist, den Beschluß gefaßt, alle früher zur Befolgung der königl. Polizeibeamten aufgewendeten Summen vom Fiskus zurückzufordern. Die Summe der von der

Commune für diesen Zweck gehalten Ausgaben beträgt etwa 40,000 Thlr. und sollen zur gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs bereits die erforderlichen Schritte Seitens des Magistrats geschehen sein.

— Heute erfolgte die Verkündung des Urtheils in dem Prozesse gegen den General-Consul Spiegelthal, der bekanntlich wegen fortgesetzten Betruges, wegen Unterschlagung und Mißbrauchs der Amtsgewalt angeklagt war. Der Gerichtshof erkannte in allen Punkten auf Freisprechung.

— Der „D. A. Z.“ wird von hier geschrieben: Wenn die englischen Blätter jetzt mit größerer Bestimmtheit von geheimnißvollen Unterhandlungen über eine Abtretung der Inseln Sardinien und Elba an Frankreich berichten, so müssen wir einfach bemerken, daß wir schon vor sechs Monaten und noch früher auf Aehnliches hingedeutet haben. Für Frankreich hat die römische Frage, aller Phrasen und Redensarten entkleidet, keine andere Bedeutung als die, daß es aus dem Besitze Roms möglichst großen Nutzen ziehen und diesen Schlüssel zur italienischen Einheit nicht aus den Händen geben will, ohne dafür einen ganz entscheidenden Ersatz zu erhalten; und Sardinien wird sich, wohl oder übel, zu dem verlangten Opfer schließlich auch um so mehr verstehen müssen, als ihm ohne den Besitz Roms die Pacificirung des südlichen Italien niemals gelingen wird. Die Position Frankreichs ist die allernatürlichste Consequenz der factischen Lage der Dinge. Wir glauben, und zwar auf Grund sehr guter Nachrichten, alle dem auch noch hinzufügen zu dürfen, daß der Handel vielleicht auch schon längst zu Stande gekommen wäre, wenn Frankreich sich mit der von Sardinien begehrt Form der Transaction hätte einverstanden erklären können. Wir reden absichtlich von der bloßen Form der Transaction, nicht von der Transaction selbst, denn was die Abtretung als solche betrifft, so ist man in Turin mit derselben ganz einverstanden, vorausgesetzt jedoch, daß Frankreich für das geforderte Äquivalent zugleich auch noch die Eroberung Venedigs garantirt und sich zu entsprechender Hilfe für sofortige Ausführung dieses Werkes verpflichtet. Nun ist man französischerseits diesem Verlangen des Turiner Cabinets principiell zwar nicht entgegen, hält aber ein sofortiges Vorgehen gegen Venedig so wie eine directe Hilfe von französischer Seite mit Rücksicht auf die wahrscheinliche Stellung der übrigen Mächte zur Sache zur Zeit für unpractisch. Das ist in diesem Augenblick die Lage der Sache; welches die Lage im künftigen Frühjahr sein wird, das ist natürlich nicht vorauszusagen.

— Ueber die neue abgeschlossene Militär-Convention zwischen Preußen und Coburg-Gotha liest man in officiösen preussischen Mittheilungen: „Es handelt sich darin nicht um irgend eine Einfindung des betreffenden Contingents in die preussische Armee oder um einen Verzicht des Herzogs auch nur auf einen Theil seiner kriegsherrlichen Rechte; das Erstere wenigstens würde auch Angesichts der bundesmäßigen Bestimmungen, welche jenes Contingent der so eben erst ausdrücklich aufrecht erhaltenen Reserve-Infanterie-Division zuweist, vollständig unzulässig sein. Aber der Herzog wird seine Truppen hinfür durch eine Reihe zu diesem Zwecke abcommandirter preussischer Offiziere ebenfalls nach preussischem Muster organisiren lassen, und die Convention regelt ein für alle Mal ihre regelmäßige Theilnahme an den preussischen Brigaden, Divisionen und Corps-Manövern.“

— In den preussischen Logen macht es eine große Sensation, daß der General-Director v. Olfers plötzlich aus dem Bunde geschieden ist. Herr v. Olfers ist Katholik und gehört dem Bismarck-Berein an. Er stand bisher an der Spitze der National- Mutterloge zu den drei Weltkugeln. Religiöse Gründe sollen ihn zu diesem Entschlus gebracht haben.

— Die Londoner „Times“ hat sich entschlossen, wieder einen ständigen Correspondenten hier in Berlin zu placiren; derselbe ist in der Person des Herrn Hartmann hier eingetroffen und wohnt im Hotel de Russie.

— (Prk. N.) Die Untersuchung wider den Polizeiobersten Bagle scheint, nach den Zeugenerklärungen zu urtheilen, eine neue Ausdehnung gewonnen zu haben, da bei denselben noch Verhältnisse des Rummelsburger Establishments zur Sprache gekommen sind. Auch wider den Polizeileutnant Schmidt und Wachtmeister Köhler ist die bereits geschlossene Voruntersuchung wieder aufgenommen worden, da neue Anklagepunkte sich ergeben haben sollen. Der Betrug, dessentwegen der Abtheilungs-Wachtmeister Britschow verhaftet ist, betrifft die Schutzmanns-Pensions-Kasse, indem bei dieser durch Fälschung liquidirte Gelder erhoben worden sind. Vor Ende dieses Jahres ist die öffentliche Verhandlung dieses weitläufig werdenden Monstre-Prozesses nicht zu erwarten.

— Am Geburtstag des Großherzogs hat der Minister Freiherr v. Dalwig einen Toast ausgedrückt, dessen charakteristische Anfangsworte nach der „Danz. Ztg.“ wie folgt lauten: „In einer Zeit, in welcher, wie ein geistvoller bayerischer Abgeordneter gesagt hat, die Regierung vogelfrei sind, in welcher jeder politische Parteimann die Fortexistenz der Staaten von seinem guten Willen und demjenigen abhängig machen zu dürfen glaubt, was er für öffentliche Meinung ausgibt, in einer solchen Zeit ist ein lautes Zeugniß der Treue und Liebe zu dem angestammten Fürsten, dem Fürsten, der seinen Thron nicht auf List und Gewalt, sondern auf die Liebe seines Volkes und sein gutes von seinen Vätern ererbtes Recht stützt, ein besonders bedeutungsvolles.“

△ Berlin, 13. Juni. Die Zeitung der Fraction Vinde wird den Titel „Allgemeine Berliner Zeitung“ führen. Ein Circular des provisorischen Ausschusses zur Begründung derselben (v. Brünne, Simson, v. Carlomag, Beseler, Riedel, Reimer, Lammann, v. Sanden, Juliansfeld, Drohsen, Veit, Bürgers, Fubel), dem ein mit dem Verleger der zu begründenden Zeitung R. Gaertner in Berlin abgeschlossener Gesellschafts-Vertrag beigelegt ist, ist in diesen Tagen in die Provinz verandt worden.

Dem Circulair entnehmen wir folgende Stelle:

Schon seit längerer Zeit ist von der constitutionellen Partei in Preußen das dringende Bedürfnis gefühlt worden, daß sie durch eine selbstständige, vollkommen unabhängige Zeitung, welche in Berlin erscheint, vertreten werde. Die Frage, wie ein solches Unternehmen zu Stande zu bringen sei, ist während der gegenwärtigen Session des Landtags anfangs im engeren, dann im weiteren Kreise erwogen, und dabei allseitig anerkannt worden, daß es zunächst darauf ankomme, einen zuverlässigen benachbarten Verleger für die Zeitung zu finden, und daß dann das erforderliche Capital durch eine Commanditgesellschaft aufgebracht werde. Ist beides erreicht, so werden die weiteren Schritte geschehen, um das Unternehmen ins Leben treten zu lassen, und namentlich die wichtige Stelle des Hauptredacteurs zu besetzen.

Es ist nun gelungen, in der Person des Herrn A. Wärtner zu Berlin, Eigenthümer der Amelang'schen Sortiments-Buchhandlung daselbst, den geeigneten Verleger für die Zeitung zu gewinnen.

Indem wir zur Zeichnung von Gesellschaftsanteilen (à 100 Thlr.) aufrufen, halten wir es nicht für nöthig, über die Wichtigkeit und Bedeutung des Unternehmens uns weiter auszusprechen. Auch über die politische Richtung, welche die Zeitung befolgen wird, bedarf es keiner besonderen Auseinandersetzung. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß sie das Organ der constitutionellen Partei in Preußen sein soll, und deren preussische und deutsche Politik zu vertreten bestimmt ist. Insofern diese Politik mit der anderer Parteien übereinstimmt, wird die Aufgabe der „Berl. Allg. Ztg.“ auf die Förderung der gemeinsamen Zwecke gerichtet sein; sie soll namentlich in den großen nationalen Fragen des deutschen Vaterlandes die Einigung und nicht dieerspaltung der Parteien anstreben. Aber auf der anderen Seite wird sie die wirklich vorhandenen prinzipiellen Verschiedenheiten nicht verbüllen, sondern zum Ausdruck bringen und namentlich bei der Vertretung idealer Bestrebungen stets an das Wort Dahlmanns festhalten: daß die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt werden muß. Die Zeitung wird auch auf die Verhältnisse der Gewerbe und des Verkehrs im weitesten Sinne ihre besondere Aufmerksamkeit richten und in dem belebenden Theile Vielseitigkeit des Stoffes, so wie die Verbindung der populären Darstellung mit wissenschaftlichem Ernste anstreben.

Greitlin, 13. Juni. Der Polizeipräsident Freiherr v. Zedlitz fuhr heute mit Familie auf dem Dampfschiff „Prinzeß Royal Victoria“ nach Rügen.

Hannover, 12. Juni. Die Verfolgungen und Maßregelungen, welche regierungsfreudig über die Teilnehmer der Versammlung vom 8. April verhängt worden, haben den Erfolg gehabt, daß in den letzten Monaten der Nationalverein aller Orten erheblich an Mitgliedern gewonnen hat. So berichtet man aus Osnabrück, daß in dortiger Stadt allein in den letzten Wochen dem Vereine 60 neue Mitglieder beigetreten seien.

Schwerin, 11. Juni. Wie man der „D. A. Z.“ schreibt, beabsichtigt die Rostocker Bürgerwehr den wegen Theilnahme an dem bekannten Rostocker Hochverrathssproceß zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt gewesenen Advocaten Moritz Wiggers in den Rath der Stadt Rostock zu wählen. Da derselbe aber in Folge seiner Verurtheilung der Advocatur verlustig gegangen ist, so wird er, nachdem er zuvor in die Rostocker Kaufmannscompagnie aufgenommen sein wird, für eine binnen kurzem zur Erledigung kommende kaufmännische Senatorenstelle gewählt werden. Mit diesen Stellen sind in Rostock 8—1200 Rg. Gehalt verbunden.

Kassel, 10. Juni. Freiherr v. Gelsheim hat sein Mandat als Mitglied der ersten Kammer niedergelegt, da er in großherzogl. badische Dienste getreten ist. — Nach der „Hess. Morg. Ztg.“ liegen bis jetzt aus 28 Städten und 46 Dörfern und Gemarkungen des Kurfürstenthums Beitritts-Erklärungen zum Nationalverein vor. Die Zahl der Beigetretenen beträgt 1078. Davon kommen 798 auf die Städte und 280 auf das Land. Von den Städten steht Hanau obenan mit überhaupt 297. Dann folgt Kassel mit 188.

Wien, 11. Juni. Die Spannung zwischen den ungarischen und den deutschen Ministern soll in der jüngsten Zeit eine sehr bedeutende geworden sein und das verhältnismäßig ruhige Nebeneinanderwirken, wie es bisher wenigstens zum Scheine bestanden, einer offenen Gegnerschaft gewichen sein. Der Kampf, der zwischen Herrn v. Schmerling und Baron Weyh geführt wird, hat in letzter Instanz den Monarchen zum Richter, und es ist natürlich, daß dieser Kampf durchaus in den höchsten Regionen zu Ende geführt werden wird. Der Staatsminister ist jetzt in der günstigen Situation, eine ansehnliche Majorität im Abgeordnetenhaus wie im Herrenhause für sich zu haben, eine Majorität, deren Zustandebingung ausdrücklich von ihm gefordert worden zu sein scheint. In der heutigen Sitzung wurde in der That von Dr. Giskra, dem eigentlichen Sprecher der Linken und der Majorität, der abgeschlossene Friede zwischen Ministerium und Majorität feierlich proclamiert und man sah bald darauf die Minister für die Zulassung eines Minister-Verantwortlichkeitsgesetzes stimmen, welches Gesetz früher einer der streitigen Punkte war. Herr v. Schmerling wendete nämlich gegen die Einbringung des Gesetzes in diesem Augenblick den Umstand ein, daß Erzherzog Rainer Ministerpräsident sei und daß ein Mitglied der kaiserlichen Familie nicht gut unter einem solchen Gesetz stehen könne. Es soll nun die Stellung des Erzherzogs Rainer dahin bestimmt worden sein, daß er im Auftrage Sr. Majestät dem Ministerrathe präsidirt, ohne dadurch den Charakter eines Ministers und folglich auch ohne dessen Verantwortlichkeit zu haben.

Wien, 10. Juni. Die zwischen Rußland und Frankreich in der Donau-Fürstenthümer-Frage bestehenden Differenzen sollen ihrer Ausgleichung nahe sein. Rußland würde die Union anerkennen, wegegen Frankreich zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg auftreten soll. Das Petersburger Cabinet soll jedoch letzteres Zugeständniß durch Concessionen erkaufen haben, die es an Frankreich gewährt habe und worüber noch nichts Genaueres bekannt ist.

Pesth, 8. Juni. Aus der gestrigen Unterhaus-Sitzung haben wir Folgendes aus: Schon über die Auffahrt der Deutschen Adresse: „Felséges Császár és Király“ (Aberdurchlauchtigster Kaiser und König!) entsteht eine Debatte, die sich über anderthalb Stunden fortspinnt. Die Mehrzahl der Redner bestritt die Zulässigkeit dieser Titulatur. Präsident Wichey resumirt endlich die Debatte, indem er die Frage stellt: „Soll der Titel, wie er im Deal'schen Adress-Entwurf steht, beibehalten werden oder nicht?“ Durch allgemeines Einverständnis wird diese Frage verneint und somit die Deutsche Titulatur abgelehnt. Auch der Honis'sche Antrag, die Worte „es király!“ (und König!) wegzulassen, und bloß „Felséges Császár!“ (Aberdurchlauchtigster Kaiser!) zu sagen, wird durch Eigenbleiben der Majorität abgelehnt. Nunmehr gelangt das Amendement Jankas, die Titulatur: „Felséges ur!“ (Aberdurchlauchtigster Herr!) zu gebrauchen, zur Abstimmung und wird mit großer Majorität angenommen. — Narys Amendement, im Protokoll speciell auszusprechen, daß die Adresse an den factischen Herrscher gerichtet ist, wird mittels Acclamation angenommen.

St. Martin (Ungarn), 9. Juni. Der Nationalcongreß der Slovaken wurde am 6. und 7. Juni unter einem großen Andrang des Volkes und der Umgegend und der Theilnahme aller hervorragenden Notabeln des slovakischen Stammes abgehalten. Den wichtigsten

theil der Verhandlungen bildete die Debatte über den mehrere Bogen umfassenden Antrag des böhmischen Abgeordneten Dagner. Dieser Antrag wurde nach sechsständiger lebhafter und mitunter färmlicher Discussion mit tausendstimmigem Ruf angenommen. Die Hauptpunkte desselben sind: 1) Alle seit 1849 bis 1849 beschlossenen und zur Geltung gebrachten Gesetze in Betreff der ungarischen Nation als der souveränen und der magyarischen Sprache als der Landessprache sollen aufgehoben werden. 2) Die Slovaken Ober-ungarns bilden einen eigenen slavischen District (Ostol), ohne die Einheit Ungarns in politischer Hinsicht zu alteriren. 3) Die Slovaken haben das Recht auf eigene Gymnasien, eine juristische Facultät, auf ein eigenes Forum appellatorium und zur Begründung der „Matrica“ eine Unterstützung aus dem Landesfond. 4) Die Slovaken erklären sich solidarisch verbunden, mit allen nichtmagyarischen Völkern in Ungarn gegen jede, von welcher Seite immer kommende Tyrannei und Verdrückung ihrer Nationalrechte.

England.

London, 11. Juni. Im City-Artikel der „Times“ lesen wir: „Die statistischen Tabellen unserer Kornzufuhr seit Anfang dieses Jahres beweisen, wie sehr der Erste Ertrag des vergangenen Jahres überschätzt worden ist, während durch die verhältnismäßige Leichtigkeit, mit welcher die Zahlungen geleistet worden sind, gleichzeitig der Beweis geliefert ist, wie wenig am Ende unsere Geldverhältnisse durch die americanische Krise beeinflusst worden sind. Wir haben seit dem 1. Januar 6, 3 für Weizen, 11 1/2 für sonstige Getreidearten kaum weniger denn 20 Mill. £. verausgabt (gegen 5 Mill. £. in derselben Periode des Jahres 1860), und bedenkt man, daß Indien in derselben Zeit von uns 3 Mill. £. baar borgte, und daß auch sonst unsere Ausgaben den höchsten Nachschub erreichten, so wird man es überraschend und befriedigend finden müssen, daß der Metallvorrath der Bank trotz alledem nicht niedriger steht, als im Januar des vorigen Jahres. Ohne die der zuge Indiens für seine Eisenbahnbauten wäre wahrscheinlich jetzt gar keine Knappheit auf dem Geldmarkte zu verspüren.“

Frankreich.

Paris, 11. Juni. Wie man hier wissen will, ist der Artikel der „Morning Post“, welcher so gewaltig gegen die Océans und den Océanismus losfährt, von Herrn v. Lagueronniere selber geschrieben. Eine Flugchrift dieser Partei, betitelt: „Vue sur la France“, soll mit ungemeiner Heftigkeit die Verhältnisse des bestehenden Systems angreifen. Sie wurde lithographirt und sollte, um auf die Wahlen zu wirken, in Masse verbreitet werden. Die Polizei jedoch, welche jetzt etwas aufmerksamer ist, nahm sie noch bei Zeiten in Beschlag. Es ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Wie man vernimmt, soll der Herzog von Broglie der Verfasser dieser Broschüre sein. — Auf der päpstlichen Nunciatur erfährt man, daß das Unwohlsein des heiligen Vaters nicht bedeutend war und schon wieder vollkommen verschwunden ist. Die ungemeine Aufregung, in welche ihn der Tod des Grafen Cavour versetzte, soll das Unwohlsein hervorgerufen haben.

Der bekannte Proceß, welcher wegen der neapolitanischen Freigatte „La Sannita“, die sich während des neapolitanischen Krieges zur Ausbesserung in Toulon befand, in Frankreich geführt wurde, ist am 22. April zu Genuen Franz II. mit dem Verurtheilten entschieden worden, daß der jadinische Consul, welcher im Namen des Königs von Italien handelte, bei der französischen Regierung in dieser Eigenschaft nicht accreditirt sei. Auf eingelegte Berufung des piemontesischen Consuls hat das Appellationsgericht von Aix, unterm 6. Juni, das erste Urtheil bestätigt und den Kläger abgewiesen.

Die „Correspondance Havas“ findet sich veranlaßt, zu erklären, die Reise des Prinzen Napoleon sei keine Folge einer Ungnade, sondern eine schon seit geraumer Zeit beschlossene Sache gewesen. Dies schließt jedoch nicht aus, daß der Prinz bei der Kaiserin Eugénie, die Italien als echte Spanierin hat, und über Cavour's Ansehen von jeher aufgebrachte war, in geringer Gnade steht.

Belgien.

Brüssel, 11. Juni. (R. Z.) Die Nachrichten, welche unser Hof aus Wien bekommen hat, bestätigen den Irrthum, in welchem die reactionären Parteien sich befinden, als sie vom Tode Cavour's sich eine Aenderung in der Haltung Napoleons III. Italien gegenüber versprochen. Unser Gesandter am Wiener Hofe zeigt dem hiesigen an, daß französische Gouvernemente habe eine Note an die österreichische und die spanische Regierung gerichtet, worin es auf zwei frühere Noten derselben zurückkommend, den genannten Mächten sagt, daß, wenn sie wirklich der Sache des Papstes dienen wollen, sie das Königreich Italien anerkennen müßten. Nach dieser Anerkennung werde es mit der italienischen Regierung direct unterhandelnd zu Gunsten des heiligen Vaters interveniren können. Was Frankreich betrifft, so nimmt es keinen Anstand, zu erklären, wie es ihm seinen und den europäischen Interessen angemessen erscheint, mit der Anerkennung des neuen Reiches nicht länger zu zögern, und so zeigt denn auch die kaiserliche Regierung an, daß sie ihrerseits diese Anerkennung demnächst vornehmen werde. Das Actenstück soll so stylisirt sein, als wollte Frankreich sagen, es warte nur noch darauf, daß Oesterreich und Spanien bei diesem diplomatischen Schritte sich ihm anschließen. Diese Note soll in Wien einen außerordentlichen und natürlich einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgebracht haben. Es bestätigt sich auch, daß der Kaiser noch am Sterbetage Cavour's den König Emanuel durch eine telegraphische Depesche zu beruhigen gesucht hat: „Ich hoffe“, telegraphirte Napoleon III., „daß der Tod des Grafen Cavour nichts an Ihrer Politik ändern werde, so wie er gewiß nichts an meinen Gefühlen für Italien ändern soll. Ich schmeichle mir, daß es uns gelingen werde, alle Schwierigkeiten zu überwinden.“ Der König antwortete sofort auf denselben Wege, dem Kaiser für dessen gute Worte dankend und ihm die Versicherung gebend, daß es beim Alten bleiben solle. Es heißt, der König habe angedeutet, die beruhigenden Worte des Kaisers hätten ihm um so wohler gethan, als die Lage durch den Tod seines treuen Ministers wirklich schwieriger geworden sei. Was das sagen will, ist für Niemand schwer zu errathen, und am wenigsten für den Kaiser Napoleon. — Die „Independance Belge“ sammelt Beiträge zum Cavour-Denkmal.

Italien.

Das neue italienische Cabinet ist also fertig. Das Wichtigste bei dieser Combination ist Fantis Rücktritt und das Bleiben von Minghetti und Baskoggi. Um die Garibaldianer, die sonst auf dieser Bildung wenig erbaut sein dürften, nicht geradezu aufzubringen, mußte Fantis geopfert werden. Ricasoli wird vom Diritto bereits als der Mann denuncirt, „der noch die Treue-Medaillen auf der Brust trägt, die er 1849 für die österreichisch-großherzogliche Restauration bekommen hat.“ Der Candidat des Diritto war Ratazzi, welcher jedoch in den Tuilerien sehr wenig beliebt und deshalb nicht geeignet ist, dem Cabinette zu präsidiren, das vor Allem die Anerkennung des Königreiches Italien bei den europäischen Höfen zu betreiben hat. Ratazzi ist deshalb auch Staatsmann genug gewesen, dem Könige selbst zu rathe, Ricasoli an die Spitze zu stellen und ihn aus dem Spiele zu lassen. Daß Ricasoli nicht in das Cabinet gezogen wurde, ist in Paris aufgefallen, da er beim Kaiser wohl gelitten ist und bekanntlich deshalb von Cavour nach Chambery geschickt wurde, um dem Kaiser, als er seine neuen Erwerbungen bereiste, zu gratuliren. — Die letzten Tage des Grafen Cavour. Am 29. Mai nach Tisch rauchte Graf Cavour eine Cigarre auf seinem Balkon. Blödsinnig sank er zusammen, man brachte ihn auf sein Bett und holte seinen Arzt. Als dieser kam, war der Kranke schon wieder zu sich gekommen und beklagte sich nur noch über einen schrecklichen Kopfschmerz. Er

pflegte seine Krankheitsanfalle mit Aderlässen und absoluter Diät zu behandeln. Nach zwei Tagen war er in der Regel wieder auf den Füßen. Um sich nach seiner Weise behandeln zu lassen, hatte er sich einen jungen Arzt gewählt, der nur seine Vorschriften vollzog. Er wollte keinen berühmten Arzt, dessen Anordnungen er sich hätte fügen müssen. In der That konnte Cavour nach drei Aderlässen am 31. Mai seine Collegen empfangen und sich mit ihnen unterhalten. Er hielt sich für vollkommen hergestellt, wie gewöhnlich, aber am Sonnabend, 1. Juni, äußerten sich die Symptome des tödtlichen Fiebers. Man ließ ihm wiederholt zur Ader, so daß er im Ganzen 7 Aderlässe erhielt. Da indeß das Fieber immer heftiger wurde, gab man ihm eine starke Dosis Chinin. Er nahm 80 Gran in zwei Tagen. Der Professor Tomasi, ein neapolitanischer Arzt, welcher sich in Pavia befand, und Albert, der Leibarzt des Königs, wurden nun berufen, aber es war zu spät. Cavour war schon todt.

Rußland und Polen.

Warschau, 10. Juni. (Schl. Ztg.) Von den durch Se. Majestät den Kaiser am 26. März angekündigten Reformen, zu denen die Gesehtenärthe nach officieller Versicherung am 17. v. Mts. beendet sind und sofort zur Allerh. Sanction nach St. Petersburg überbracht wurden, ist bis heute noch kein Gesetz geworden. Unser Zustand ist so eigenthümlich, daß wohl wenige Menschen in Deutschland einen klaren Begriff davon haben und darum der Entstellung und der Phantasie ganz freies Feld gelassen ist. Die Regierung scheint bei den seit dem 8. April angewendeten militärischen Repressivmaßregeln verharrt und das Land noch immer als aufstandserregend oder wenigstens dazu geneigt betrachtet und fortwährend danach behandelt zu wollen. Dadurch werden meistens Kleinlichkeiten, oft sogar unwürdigen Demonstrationen der Lebensnerv nicht abgeschüttelt und die Gereiztheit der Gemüther setzt sich von einem Tage auf den andern fort. Jeder Tag bringt uns davon neue Beweise, und wenn wir im Stande wären, alle diese Vorkommnisse gehörig zu verificiren, so könnten wir Ihre Leser füglich mit einer Menge von Ereignissen dieser Gattung unterhalten. Wir beschränken uns indeß auf die wichtigeren und authentischen Thatfachen. Als solche ist nur die Vorstellung einiger angesehenen Mitglieder des hiesigen Kaufmannsstandes zu erwähnen, welche gestern Vormittag im 1. Schlosse beim interimistischen Statthalter stattfand. Die Herren waren am Sonnabend eingeladen worden und erschienen in nicht gerade bedeutender Anzahl. Die Vorstellung geschah in russischer Sprache, wobei Se. Excellenz jedoch mit der mangelhaften Sprachkenntniß der meisten Anwesenden unzufrieden zu sein Veranlassung hatte. Als der General seine Verwunderung darüber ausdrückte, ergriff der russische Kaufmann Wjsewolos Iljomin das Wort, indem er, auf seine russischen Kollegen deutend, sagte: „Verzeihen Ew. Excellenz, wir hier sind die russischen Kaufleute und mit uns können Ew. Excellenz russisch sprechen; diese Herren aber“ — auf die Mehrzahl deutend — „sind Polen und sprechen ihre Muttersprache“. — Ein deutliches und sprechendes Zeugniß dafür, wie loyale und mit den Verhältnissen vertraute Russen die hiesige Nationalitätsfrage auffassen. Einem polnischen Kaufmann (St. R.) verwies Herr v. Suchosauett dessen Haltung — er hatte einen Fuß etwas vorwärts gestellt und die Hände auf dem Rücken —; wenn er vor ihm stehe, so solle er die Hände fest an die Schenkel anlegen! — Am bezeichnendsten aber war die Anekdote, welche der General zum Schluß an die Versammelten richtete und welche folgendermaßen lautete: „Meine Herren! Tragen Sie nach Kräften zur allgemeinen Ruhe bei, denn wo Ruhe ist, da ist Geschäft, wo Geschäft ist, ist Geld, und wo Geld, da ist die wahre Freiheit.“ Es läßt sich unschwer errathen, mit welchen Gefühlen die Erschienenen sich entfernt haben.

Heute Vormittag hat in der Kreuzkirche ein feierlicher Trauergottesdienst für den am 29. v. M. in Paris verstorbenen polnischen Historiker und Patrioten Joachim Lelewel stattgefunden. Die Ceremonie verlief ohne Störung. — In den letzten Tagen sind wieder einige Hausfuchungen vorgenommen worden. Da dieselben namentlich bei Literaten stattfanden, so vermutet man, daß man gewissen ausländischen Correspondenten auf die Spur kommen wollte. — Das Gerücht, Kaiser Alexander werde nächstens nach Warschau kommen, ist daselbst wieder verbreitet.

†† Bloch, 11. Juni. Gestern fand hier das Leichenbegängniß des Vorstehers der hiesigen Kaufmannschaft, Herrn Johann Gutekunst, statt, der im Görlitz'schen Hause jugend gegen ein Gehirnschlag, dort am 25. Mai im 48. Lebensjahre gestorben und zur Bestattung hierher gebracht worden war. Der Verstorbene war ein Deutscher und Besitzer des ausgebreitetsten Geschäfts, stand mit den größten Handlungshäusern Europas in Verbindung und hatte sich durch seine Rechtlichkeit ein wohlverdientes Renommée erworben. Die allgemeine Trauer sprach sich gestern durch die Theilnahme der ganzen hiesigen Bevölkerung beim Begräbniß ihres edelsten Mitbürgers aus; alle Confectionen und alle Stände waren in dem unabsehbaren Leichenzuge vertreten. Das Andenken des Verewigten wird für alle Zeiten ein gesegnetes bleiben.

Danzig, 14. Juni.

* Morgen findet auf dem großen Exercierplatze das früher bereits von uns erwähnte Pferdewettrennen statt.

* In Königsberg werden, wie uns mitgetheilt, bereits die Vorbereitungen zur Constituierung eines Wahlcomitès nach dem Programm der deutschen Fortschrittspartei getroffen.

* Die hiesigen Veteranen feierten, wie alljährlich, vergangenen Dienstag das Andenken an die vor 7 Jahren stattgehabte Silberhochzeit unseres Herrscherpaares in dem geschmückten Garten des Jakobshospitals; 85 alte Krieger waren anwesend. In Gegenwart der Spitzen der Civil- und Militärbehörden und des Commissarius der Landesgendarmerie Nationalbank, Herrn Consul Focking, wurde Appell gehalten; nach einer Ansprache des Divisions-Präsidenten, Herrn Dr. Krieger, erhielten die ergrauten Veteranen Speise und Trank und schließlich noch eine baare Geldunterstützung durch Herrn Focking.

* Herr Hinné ist neuerdings noch einmal um die Erlaubniß, seinen Circus auf dem Holzmärkte aufstellen zu dürfen, bei den städtischen Behörden eingetroffen. Um die Feuergefährlichkeit zu beseitigen, hat derselbe sich in England einen Circus mit Eisen-Construction bestellt, und steht wohl zu erwarten, daß Herr Hinné unter diesen Umständen die Erlaubniß erhalten wird.

* Gerichtsverhandlung am 13. Juni. Der Maurergeselle Ringmann aus Schlesien, der seit einiger Zeit hier in Arbeit stand, hatte sich erzählen lassen, daß man sich hier in Danzig seinen großen Genuß verschaffen könne, als wenn man am Morgen des ersten Pfingstfeiertages den Johannisberg besteige und von dort die Sonne aufgehen sähe. Um dies Schauspiel ja nicht zu veräumen, machte er sich schon am Abend vorher um 11 Uhr auf den Weg nach Johannisberg. In der Nähe des Jacobshofes traf er auf eine Gesellschaft von mehreren Männern und Frauenzimmer, die sich in sehr vertraulicher Weise mit ihm in ein Gespräch einließen und ihn erjuchten, sich an sie anzuschließen, da sie auch nach Johannisberg gehen wollten. Dem Ringmann bebagte diese Gesellschaft zwar keineswegs, indeß wagte er es doch nicht, seine Bemerkungen kund zu geben, sondern machte gute Miene zum bösen

dam 71 L. 101. Hamburg 9 W. 44. Berlin 2 M. 99, 3 M. 99.
Verantwortlicher Redacteur Heinrich Ridert in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Rasemann in Danzig.